Deutscher Bundestag **Drucksache 18/8930**

18. Wahlperiode 23.06.2016

Antrag

des Abgeordneten Jan van Aken, Wolfgang Gehrcke, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Katrin Kunert, Stefan Liebich, Niema Movassat, Dr. Alexander S. Neu, Dr. Petra Sitte, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.

Genehmigungen für Rüstungsexporte in die Staaten des Golfkooperationsrates widerrufen und keine neuen erteilen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Im März 2015 begann die militärische Intervention einer von Saudi-Arabien geführten Koalition im Jemen. Die Mitgliedstaaten des Golfkooperationsrates Bahrain, Kuwait, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate sind mit Saudi-Arabien u. a. Teil dieser Koalition. In dem von dieser Allianz geführten Krieg kamen über 6.000 Zivilistinnen und Zivilisten zu Tode, Zehntausende wurden verletzt. Die Bombenkampagne der Koalition ist, der New York Times zufolge, eine der tödlichsten und rücksichtslosesten in der Geschichte der Region (NYT 10.5.2016). Eine Seeblockade, von Saudi-Arabien und Ägypten durchgeführt, schneidet das Land von dringend benötigten Gütern ab. 1,8 Millionen Kinder gelten mittlerweile als unterernährt.
2. Die Bundesrepublik Deutschland zählte zu den bedeutendsten Lieferanten von Rüstungsgütern auf die arabische Halbinsel. Allein für Katar wurden im Jahr 2015 von der Bundesregierung Rüstungslieferungen im Wert von 1,663 Milliarden Euro genehmigt. Den Großteil des Genehmigungswertes machte dabei die Lieferung von Leopard-2-Kampfpanzern aus. Saudi-Arabien bezog deutsche Rüstungstechnologie im Wert von 270 Millionen Euro, darunter auch Komponenten für die saudischen Kampfflugzeuge der Typen Tornado und Eurofighter, die bei den Luftschlägen im Jemen zum Einsatz kommen (Vgl.: Bundestagsdrucksache 18/4842, The Telegraph 23.4.15).
3. Die Region rund um den Persischen Golf gehört seit Jahrzehnten zu den am stärksten militarisierten Regionen der Welt. Gleichzeitig zählt sie zu den instabilsten. Zahlreiche innere wie zwischenstaatliche Konflikte wurden in den vergangenen Jahrzehnten dort ausgetragen. Schon vor der militärischen Intervention von außen in den jemenitischen Bürgerkrieg musste die Golfregion als ein Kriegs- und Krisengebiet gelten.

4. Die Menschenrechtslage in den Staaten der Region ist kritisch bis verheerend. Saudi-Arabien ist einer der repressivsten Staaten weltweit. Die Todesstrafe und Körperstrafen werden regelmäßig und in großer Anzahl vollzogen. Religionsfreiheit existiert nicht einmal auf dem Papier. Katar betreibt wie auch andere Staaten der Region ein System moderner Sklaverei, in dem ausländischen Arbeiterinnen und Arbeitern grundlegende Rechte entzogen werden. In den Vereinigten Arabischen Emiraten, Oman und Kuwait werden ebenso Menschen- und Bürgerrechte missachtet.
5. Die Bezieher deutscher Rüstungsgüter Saudi-Arabien und Katar finanzieren und bewaffnen islamistische Gruppierungen unter anderem in Libyen und Syrien. Katar reichte Panzerabwehrraketen aus deutsch-französischer Koproduktion an libysche Rebellen weiter (Guardian, 14.4.2011).
6. Die Regime in der Golfregion sind entweder latent oder bereits offenkundig instabil. Der Kollaps der Regime in Ägypten, Libyen und Tunesien im Arabischen Frühling hat verdeutlicht, wie brüchig die autokratischen Systeme im Mittleren Osten und in Nordafrika tatsächlich sind. Vor diesem Hintergrund ist eine außenpolitische Neuorientierung durch neu an die Macht kommende Regime in den Golfstaaten stets möglich. Heute aus Deutschland gelieferte Rüstungsgüter könnten daher kurz- und mittelfristig sogar entgegen der intendierten Lieferabsicht der Bundesregierung verwendet werden.
7. Die Ideologie und der Terrorismus Al Qaidas haben ihren Ursprung in Saudi-Arabien. Trotz des über ein Jahrzehnt andauernden „Kampfes gegen den Terror“ werden sowohl Al Qaida als auch ihre Untergruppen wie angeschlossene Gruppen immer noch aus Quellen auf der arabischen Halbinsel finanziert, Terrorattentate werden von dort aus organisiert und gestartet. Die militärische Bekämpfung Al Qaidas und ihrer Ableger in Jemen ist offensichtlich gescheitert.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

in die Staaten des Golfkooperationsrates

1. keine Exporte von Rüstungsgütern zu genehmigen und erteilte Genehmigungen sofort zu widerrufen,
2. keine Exporte von Gütern, die zur Unterdrückung der Bevölkerung genutzt werden können, zu genehmigen,
3. keine Exporte von Waffenfabriken zu genehmigen, d. h., keine Exportgenehmigungen für Fertigungs-, Herstellungs- und Technologieunterlagen, Herstellungsausrüstung sowie Komponenten zur Herstellung von Rüstungsgütern zu erteilen.

Berlin, den 23. Juni 2016

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333